

Ottos Normal

Allergisch auf Klimaschutz? Das sind auch Politiker auf Wählerfang



Friederike Otto

Zwei Jahre habe ich als Kolumnistin für diesen Umweltbund geschrieben; über Hitzewellen, den Klimabericht oder den Unterschied von Wissenschaft und Aktivismus. Jetzt aber ist Schluss mit Ottos Normal, das ist meine letzte Kolumne, denn Forscherinnen reden schon lange in den Medien. Was wir brauchen, sind neue Zugänge – Wissenschaftlerinnen in der Politik oder Ökonomen im Feuilleton. Denn der Klimawandel ist auch ein gesellschaftliches Problem, das technische, soziale und politische Lösungen braucht.

Der Sommer, der sich dieses Jahr so langsam wie selten dem Ende zuneigt, hat das noch einmal deutlich gezeigt. Ein Sommer, der heisser war als alle seit Beginn der Aufzeichnungen und mit einem September endete, der fast 1 Grad wärmer war als der Septemburdurchschnitt von 1991 bis 2020. Damit gingen extreme Hitzewellen und Waldbrände in der Nordhemisphäre einher, aber auch eine der schwersten Flutkatastrophen der letzten Jahrzehnte in Libyen.

Es könnte also klarer nicht sein, dass der Klimawandel viele Länder der Welt zu gefährlicheren Orten gemacht hat. Oft sind es Orte, in denen die Menschen infolge von Kriegen und anderen Krisen anfälliger sind für zerstörerische Wetterextreme. Der Ausstieg aus den Fossilien muss daher dringend beschleunigt werden, ebenso wie die Investitionen in die Anpassung an die veränderten Lebensbedingungen.

Jetzt, im Oktober, könnte man meinen, nichts von alledem sei je passiert. Überall

wollen Politikerinnen die Klimaziele abschwächen, zu denen sie sich international verpflichtet haben, und tun dabei so, als würden sie nur auf den Druck der Bevölkerung reagieren. Dass das so nicht immer stimmt, beobachte ich als Forscherin des Londoner Imperial College sozusagen vor der Haustür.

Der britische Premierminister Rishi Sunak und sein Kabinett behaupteten, die Opposition wolle unter anderem eine Steuer auf Fleisch einführen oder sieben verschiedene Mülltonnen. Dann wetterten sie gegen diese von niemandem vorgeschlagenen Zumutungen und versprachen einen «pragmatischen Ansatz» zur Einhaltung des Netto-Null-Zieles sowie das Abschwächen von bestehenden Gesetzen. Da es diese «Zumutungen» nie gab, hat sich die Situation des Klimas kaum verändert. Jene der ärmeren Bevölkerung hingegen schon: So war tatsächlich vorgesehen, die Vermieter zum Isolieren ihrer Häuser zu verpflichten. Das hätte nicht nur Emissionen gespart, sondern auch Geld. Die Mieter hätten, selbst Mieterhöhungen einberechnet, im Schnitt etwa 300 Pfund an Heizkosten pro Jahr gespart. Dieses Vorhaben wird nun nicht umgesetzt, zum Nachteil der ärmeren Bevölkerung.

In Frankreich haben Menschen tatsächlich in gelben Westen gegen höhere Benzinpreise protestiert, aber nicht weil sie gerne bei Waldbränden ums Leben kommen, sondern weil die Klimagesetze nicht mit finanziellen Ausgleich einhergingen. Verglichen mit Frankreich gab es in England keine Öffent-

“

Überall wollen Regierungen die Klimaziele abschwächen und tun so, als würden sie nur auf den Druck der Bevölkerung reagieren.

lichkeit, die, wie in dieser Zeitung kürzlich zu lesen war, «allergisch auf neue Vorschriften für ein klimafreundliches Leben» reagiert. Solche Vorschriften mussten die konservativen Tories erst erfinden. Wenn man aber der Bevölkerung einredet, ihr würde etwas zugemutet, dann werden dies, so das Kalkül, vielleicht auch viele glauben und dann doch wieder die Tories wählen.

In Deutschland wiederum wird in der Wahlkabine gegen Klimaschutz protestiert, mit Kreuzen für die AfD. Als Reaktion ver-wässern viele europäische Regierungen ihre Klimaziele vorsorglich.

Indem sie Klimapolitik wieder zum Kulturkampf machen, schaden sie genau der Bevölkerung, die sie zu schützen vorgeben. Die Emissionen sinken weniger, und der Klimawandel wird somit schneller und stärker voranschreiten und mit ihnen die Wetterextreme, der Gegenstand meiner Forschung. Wenn diese eines gezeigt hat, dann dies: Jene Menschen, welche Regierungen jetzt angeblich vor Zumutungen bewahren, werden diejenigen sein, die am stärksten unter den Folgen von Hitzewellen oder Überschwemmungen leiden.

Darüber spricht kein konservativer Politiker. In einem Monat ist die nächste Klimakonferenz, allerhöchste Zeit, darauf hinzuweisen, dass das Pariser Abkommen ein Menschenrechtsvertrag ist – und keine Konvention zum Schutz von Eisbären.

Friederike Otto ist Physikerin und Klimatologin am Imperial College London.

PUBLIREPORTAGE

Selbstregulierungen im Bereich Nachhaltigkeit: Positive Auswirkungen auf die Vermögensverwaltung

Für Banken, die Mitglied in der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) sind, gelten ab dem 1. Januar 2024 neue Richtlinien. Die wichtigste Neuerung betrifft das Anlageprofil der Kundinnen und Kunden.

Die SBVg hat in den letzten Jahren mehrere Projekte angestossen, um die Position des Schweizer Finanzplatzes als weltweiter Vorreiter im Bereich «Nachhaltigkeit im Finanzsystem» zu stärken. Dazu gehören auch neue Vorschriften für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Anlageberatung. Für den Schweizer Finanzplatz handelt es sich um einen wichtigen Schritt: Er ergänzt die Bemühungen der Europäischen Union, welche die ersten Regulierungen betreffend «Nachhaltigkeit im Finanzsystem» bereits im Jahr 2020 umgesetzt hat.

Diese, für SBVg-Mitglieder verbindlichen Richtlinien, werden etappenweise eingeführt, so dass die Banken dank der Übergangsfristen ihre internen Prozesse anpassen können. Die wichtigste Veränderung betrifft das Anlageprofil, das bisher bestimmte Kundeneigenschaften wie den Wissensstand in finanziellen Themen und die Risikobereitschaft einschloss. Ab 2024 wird dieses Profil um die Kategorie «Nachhaltigkeit» erweitert. Die Kundinnen und Kunden werden ab dem kommenden Jahr zu ihrem Wunsch befragt, ob und zu welchem Anteil des Portfolios die individuellen ESG-Präferenzen (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) in die Anlageberatung einzuschliessen sind. Die finanziellen Präferenzen werden aber weiterhin eine höhere Gewichtung haben.

Die BNP Paribas Gruppe setzt seit langem auf nachhaltige Bankprodukte und ist davon überzeugt, dass die verantwortungsbewusste Vermögensanlage zum Schutz der Kundenportfolios beitragen kann. Speziell die Minimierung von Risiken im Zusammenhang mit den Themen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung oder die Nutzung von Wachstumsopportunitäten im Zusammenhang mit dem Verzicht der Wirtschaft auf CO2 eröffnet ebenfalls Chancen. Daher wurden die Nach-

haltigkeitskriterien bereits seit vielen Jahren in die Finanzanalyse integriert, sodass das Anlageuniversum und die Empfehlungslisten mit einer positiven ESG-Ausrichtung punkten.

Als Vorreiterin in Bezug auf Nachhaltigkeit in der Finanzindustrie können sich die Kundinnen und Kunden bei der BNP Paribas Nachhaltigkeitsrating der «Kleeblätter» orientieren. Diese 2010 lancierte Methodik beruht auf einer unabhängigen Analyse der Finanzinstrumente und umfasst eine einheitliche Rating-Skala, dank der die Finanzinstrumente aus verschiedenen Anlagekategorien in Bezug auf ESG-Kriterien miteinander verglichen werden können. Diese Methodik ermöglicht es den Kunden, ihr Portfolio um die ESG-Dimension zu erweitern und das Risiko von Greenwashing zu reduzieren. Per 31. Dezember 2022 wiesen bereits 66 % des von uns abgedeckten Anlageuniversums mehr als fünf «Kleeblätter» auf, welche gemäss dem gleichnamigen internen ESG-Rating vergeben.

Nachhaltige Finanzanlagen werden künftig ein fester Bestandteil der Beratungsgespräche mit Klienten sein

Die SBVg legt mit ihren Richtlinien die Grundsätze fest und stellt es jedem Finanzinstitut frei, den eigenen Ansatz für die Umsetzung zu definieren. Während einige Schweizer Banken einen minimalen Ansatz wählen, haben sich zahlreiche Institute mit Niederlassungen in der Schweiz und in der EU bewusst für die europäische Regelung entschieden, welche ebenfalls mit den Schweizerischen kompatibel sind. Auch die BNP Paribas möchte, die ihren in der Schweiz und in der EU gebuchten Kunden eine einheitliche Regelung anbieten.

Dies führt dazu, dass die Kundschaft der BNP Paribas zwischen drei verschiedenen, miteinander kombinierbaren Strategien wählen kann:

- Investition in Unternehmen, die ihre negativen Auswirkungen auf Umwelt oder Gesellschaft einschränken.
- Wahl von Finanzinstrumenten, denen nachhaltige Basiswerte zugrunde liegen, und zwar zu einem Anteil, der einem vom Kunden festgelegten Minimum entsprechen muss.
- Die Wahl von Finanzinstrumenten, denen nachhaltige Basiswerte zugrunde liegen und die einem vom Kunden festgelegten Minimum in Bezug auf einem der sechs Umweltziele (z.B. «Klimaschutz», «Klimawandelanpassung», «nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen», «Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft», «Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung», «Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme») der EU-Taxonomie-Verordnung entsprechen.

Wenn kein Produkt den von der Kundschaft gewünschten Nachhaltigkeitskriterien entspricht, dürfen unter der Voraussetzung, dass dies klar kommuniziert wird, andere Anlagelösungen angeboten werden.

Letztlich wird es sicherlich noch etwas Zeit brauchen, bis sich sowohl die Kundschaft als auch die Finanzinstitute mit den neuen Richtlinien im Bereich Nachhaltigkeit vertraut gemacht haben. Die BNP Paribas ist aber davon überzeugt, dass diese Neuerungen für die Kundinnen und Kunden von grossem Mehrwert sind, um auf die gesellschaftlichen und ökologischen

Herausforderungen zu reagieren und zugleich die Performance und die Wahrung der Vermögenswerte auch langfristig zu sichern. Dafür trägt die BNP Paribas als Finanzinstitut, das sich für eine nachhaltige und umweltfreundliche Wirtschaft einsetzt, die Verantwortung.

Jérôme Eschbach
Head of Sustainable Solutions, BNP Paribas (Suisse) SA,
Wealth Management

AUS VISIONEN
ENTSTEHT NACHHALTIGKEIT

BNP PARIBAS
WEALTH MANAGEMENT